

Bildung für das *nackte Leben*

Global Citizenship Education als Antwort auf Verrohung und Verhetzung in den westlichen Migrationsgesellschaften

Hans Karl Peterlini

Protokolle der Empörung und Hilfe

Zutiefst empört mich immer, wenn ich hier herkomme, oder die Insel verlasse, wie offensichtlich es ist, dass die Politik hier, wie überall an den EU Außengrenzen, Menschen grausam und unwürdigst behandelt, Menschen zum Spielball macht für offen gelebte Abschreckungspolitik. Wir leisten hier in Griechenland Katastrophenhilfe, weil die Politik es nicht tun will und weil wir, dank vielen Unterstützer*innen und unserem persönlichen Umfeld in der Lage sind dazu. Weil wir nicht akzeptieren, dass Menschen hier Jahre ihres Lebens gestohlen werden... »you have to wait« ist der Standardsatz der Behörden, egal was sie brauchen.

Doro Blancke (2021–2025), 27. Oktober 2021

Wie die letzten 4 1/2 Jahre – Tag für Tag. Aktiv für Menschen auf der Flucht. Großer Einkauf für die wöchentliche Lebensmittel-Verteilung an ca. 200 bes. vulnerable Geflüchtete. Säcke sortiert, gepackt, am Freitag noch frisches Obst und Gemüse, Samstag Fleisch und dann kann's losgehen.

Doro Blancke (ebd.), 30. Jänner 2025

Es sind nur zwei der vielen Einträge auf der Facebookseite von Doro Blancke, die für ihre langjährige Arbeit in der Hilfe für Geflüchtete 2020 den Ute Bock Preis von SOS Mitmensch erhalten hat. Ein Jahr später konsolidierte die in Österreich lebende Mutter von zwei Kindern ihren Einsatz durch die Gründung des Vereins »Flüchtlingshilfe – refugee assistance – doro blancke«, der regelmäßig rund 200 geflüchtete Menschen in einem der sogenannten Auffangla-

ger auf Lesbos betreut. Die griechische Insel ist, ebenso wie die Insel Samos und einzelne Orte auf dem Festland, seit dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei zum Wartecamp für Menschen auf der Flucht geworden. Blankes Facebook-Einträge, oft auf den Reisen zwischen ihrem Wohnort in Österreich und ihrem Einsatzort Lesbos notiert, sind eine Dokumentation der europäischen Verantwortungslosigkeit gegenüber dem globalen Phänomen der Fluchtmigration:

2. März 2022

Heute wurde auf #Lesbos der 7. Leichnam angeschwemmt. Eine Frau. Ihre Flucht hat sie an den europäischen Außengrenzen in den Tod geführt. (Ebd.)

13. Mai 2022

»Gestern zwang man mich, mich nackt ausziehen, ich wurde aller Wertsachen beraubt, Handy, Geld, inkl. meines Schmucks, den ich von meiner Familie bekommen habe. Nachts hat man mich aufs offene Meer gebracht und in ein kleines Schlauchboot gesetzt. Ich hatte Todesangst!« (Ebd.)

17. Oktober 2022

*Viele Geflüchtete auf Lesbos haben für sich und ihre Familien viel zu wenig zu essen. Ärzt*innen die im Camp oder außerhalb arbeiten berichten neben massiven psychischen und anderen Beschwerden auch über erschreckende Unterernährung. Wir verteilen wöchentlich Lebensmittel für alle Geflüchteten die, besonders vulnerabel, außerhalb des Camps wohnen. Das sind im Moment wöchentlich ca. 180 Personen. Frauen, Männer, Kinder.*

1. August 2023

603 Geflüchtete haben ohne uns nichts mehr zu Essen auf Lesbos. Seit einigen Wochen bekommen die Menschen mit positivem Asylbescheid, genauso wie jene mit Ablehnung, im Camp Mavrovouni auf Lesbos kein Essen mehr von den Behörden. Das ist die neueste Maßnahme, um das Leben der Menschen in Not noch unerträglich zu machen und um die perfide Abschreckungspolitik weiter zu treiben. Es wird kein Halt gemacht und rote Linien werden bewusst überschritten. (Ebd.)

26. November 2024

Griechenland: 3 Schiffbrüche innerhalb von 3 Tagen. Nachrichtenberichten zufolge ereignete sich gestern vor der Küste von #Lesbos ein weiterer Schiffbruch: 1 Person wurde tot aufgefunden und 26 Menschen wurden in der Nähe des Strandes von Fara, Lesbos, gerettet. Es sind tödliche Tage für diejenigen, die versuchen, in #Europa Sicherheit zu finden.

Im Pendeln zwischen ihrem Wohnort in Österreich und Lesbos erlebt Doro Blancke die Schizophrenie der europäischen Flüchtlingspolitik – wenige Flugstunden trennen sie von prekärer Not auf Lesbos und der gleichgültigen Selbstgefälligkeit daheim.

27. Oktober 2021

*Immer noch warten etliche Familien aus Kriegs- und Hochrisikogebieten wie Afghanistan, Somalia usw. und solche mit ganz persönlichen Fluchtgründen in einem Camp, das sie bereits vom letzten Winter her kennen. Ein Großteil derer, die die Insel verlassen konnten, wegen Asyl, leben unter unfassbaren Umständen in Auffangcamps, ohne Unterstützung, oder sind obdachlos. Bis heute hat die Europäische Union zu keiner gemeinsamen Asylpolitik gefunden. Die Länder an den EU-Außengrenzen werden nicht durch gemeinsames Handeln entlastet, dafür schüttelt man sich hinter den Kulissen die Hände bezüglich der illegalen Pushbacks am Mittelmeer, brutalsten Misshandlungen von Menschen an den kroatischen und polnischen Grenzen. Offene Wunden, bis hin zum Erfrierungstod, sind an der Tagesordnung, während diplomatische Politiker*innen von Menschenrecht und Realpolitik reden. (Ebd.)*

Diskurse der Überforderung und Bedrohung

Diese Protokolle aus dem Alltag einer Hilfsorganisation stehen in krassem Widerspruch zu den dominierenden medialen und politischen Diskursen der vergangenen Jahre. Während es in Lesbos – wie in den anderen ausgelagerten, von reichen Ländern finanzierten Lagern an den Außengrenzen der EU – um »das nackte Leben« (Agamben, 2002) geht, um Nahrung, medizinische Minimalversorgung, psychologische Hilfe für schwer traumatisierte Menschen, Schutz gegen Regen und Kälte und notdürftige Ersatzbesuchung für Kinder, dreht sich die Diskussion in Europa um die Frage, wie Asylwerbenden das Leben noch schwerer gemacht werden kann, wie Geflüchtete durch Verschlechterung der Hilfeleistung abgehalten werden können (vgl. Peterlini & Donlic, 2023, S. 7) und wie jene, die schon da sind, möglichst ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Grundsätze und ethische Zimmerlichkeiten zurückgeschickt werden können.

Exemplarisch dafür ist der vom Kanzlerkandidaten der Christlich Demokratischen Union (CDU), Friedrich Merz, im Jänner 2025 eingebrachte Antrag »Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration« (Verfassungsblog, 2025). Der wegen der wissentlichen Verletzung des deutschen Grundgesetzes und des EU-Rechts (ebd.) umstrittene Antrag erhielt nur dank

der – ebenso wissenschaftlich erwarteten – Stimmen der rechtsextremen Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) im deutschen Bundestag die nötige Mehrheit (vgl. vgl. ORF, 2025; vgl. Der Standard, 2025a). Die »Fünf Punkte« kommen dem sehr nahe, was zur selben Zeit in Österreich für die Regierungsbildung zwischen Freiheitlicher Partei (FPÖ) und Österreichischer Volkspartei (ÖVP) verhandelt wurde (ebd.). Aber auch schon der zuvor mit den Grünen regierende Bundeskanzler Karl Nehammer hatte offen deklariert, dass Österreich die Sozialleistungen für Zugewanderte in den ersten fünf Jahren kürzen müsse, um das Land für geflüchtete Menschen »möglichst unattraktiv« zu machen (ORF, 2023). Von einer Politik, die verhindern will, dass Österreich ein »Zuwanderungsland ins Sozialsystem« (ebd.) werde, ist es nur ein Schritt zum »Überforderungsnarrativ in Kombination mit dem Bedrohungsnarrativ«, das nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Reden von AfD-Abgeordneten im deutschen Bundestag dominiert (Klein, 2022).

Belastung und Bedrohung sind in der Argumentation für die Verschärfungen des Asyl- und Migrationsrechts die gemeinsamen Nenner von den Rechtsaußenparteien bis weit in die politische Mitte hinein. Die 2024 veröffentlichte Studie von EcoAustria (2023) über die ökonomischen Auswirkungen der Asylummigration in Österreich ergab für die Zeit zwischen 2015 und 2025 berechnete Gesamtkosten in Höhe von 8,8 Milliarden – rund 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung (ebd., S. 3). Zugleich zeigt die Studie auf, wie durch Arbeitsmarktintegration bereits 2025 »für den Staat bei Asylummigration netto ein ausgeglichener Beitrag erreicht werden [hätte können], eben wenn mehr Menschen aus Fluchtländern arbeiten und weniger Grundversorgung und andere Leistungen in Anspruch nehmen« (Szigetvari, 2024). Genau dies wird durch Hürden für inklusive Arbeitsmarktstrategien systematisch erschwert.

Während etwa die Zeitschrift *Wirtschaftsdienst* (Brühl 2016) schon angesichts der ersten heftigen Ablehnungshaltungen nach 2014 die Frage stellte, ob »[d]ie Kosten der Flüchtlingskrise in Deutschland – eine Investition in die Zukunft« sein könnten, nützen rechtsorientierte Medien Budgetangaben zu Fluchtmigration für Skandalschlagzeilen: »Heuer 2,6 Milliarden Euro: Kosten für Migranten explodierten seit 2019 um eine Milliarde!« (Express, 2023). Der EU-Abgeordnete der FPÖ Harald Vilimsky wird im Artikel mit einem Eintrag auf der Social Media Plattform X zitiert: »Hier gilt es dringend die Notbremse zu ziehen und endlich effektive Maßnahmen gegen illegale Migration zu setzen. Wir brauchen dringend eine Festung Österreich.« (Ebd.) Noch einmal verstärkt wurde diese Forderung durch Zitate aus den Online-Kommentaren der zuvor aufgeheizten Usergemeinschaft: »Der Sozialstaat wird kollabieren

...bald [...] Österreich ist am Ende, wenn das so weitergeht.« (Ebd.) Das Beispiel dürfte nachvollziehbar machen, wie mit einer isoliert herausgegriffenen Zahl, ohne deren Einbettung in volkswirtschaftliche Überlegungen, zuerst Empörung evoziert wird und nachfolgend Ängste, die eher durch den neoliberalen Sozialabbau bedingt scheinen, auf die Fluchtmigration umgelenkt werden. Der Überforderungsdiskurs dient auch der Überdeckung sozialer Risse in der Bevölkerung zugunsten deren Einstimmung auf ein gemeinsames Feindbild.

Die Bedrohungsdiskurse jüngeren Datums gehen zunächst vor allem auf die Identitäre Bewegung zurück, die – beeinflusst von der schon 2003 gegründeten neofaschistischen Bewegung CasaPound in Italien – 2012 Frankreich (*Génération identitaire*) und Österreich (Verein zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Identität) erreichte. Die »Identitäre Bewegung Deutschland« wurde stark von der sogenannten Sarrazin-Bewegung angestoßen, die sich das umstrittene Werk »Deutschland schafft sich ab« des später aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD) ausgeschlossenen Politikers Thilo Sarrazin (2010) zum Leitmotiv machte. Mit dem Untertitel »Wie wir unser Land aufs Spiel setzen« verweist das Buch auf ein Ineinander von Bedrohungen durch Geburtenrückgang, Bildungsnotstand, sozialen Abstieg und eben Zuwanderung vor allem aus muslimischen Ländern.

Das Bedrohungsmotiv findet auch in sogenannten Leitmedien und staatlichen Sendern wie dem Österreichischen Rundfunk (ORF) letztlich tägliche Verstärkung, in dem systematisch bei kleinen wie schweren Delikten in der Benennung der Täter*innenschaft bei Menschen mit einem gegebenen oder vermuteten »Migrationshintergrund«¹ die Herkunft genannt wird.² Das jeweilige Publikum erfährt von Menschen mit eigenen oder elterlichen oder großel-

1 Der Terminus »mit Migrationshintergrund« wurde zunächst in Deutschland für statistische Erhebungen eingeführt und erhielt erst durch deren Zitation Eingang in den wissenschaftlichen und politischen Sprachgebrauch (vgl. Boss-Nünning 2022, S. 35). Die Problematik liegt in seiner diffusen Klebrigkeit (vgl. Peterlini 2015, S. 41–42), die Menschen über Generationen hinweg an der Herkunft ihrer Eltern oder Großeltern klassifiziert. Während etwa Ausländer*in auf den ersten Blick diskriminierender wirken könnte, lässt sich dieser Status aber durch Einbürgerung überwinden, während der Migrationshintergrund über jede sozialwissenschaftliche Aussagekraft hinaus bestehen bleibt (vgl. Hamburger 2010, S. 17).

2 Diese Aussagen gehen auf kontinuierliche und phasenweise systematische Beobachtungen des Autors zurück, die er u.a. im Referat »Gewalt gegen Frauen – Auslotungen zwischen patriarchaler Macht und Ohnmacht« anlässlich der Frühjahrstagung der österreichischen Juristenkommission in Schlägen/Haibach gehalten hat, 31.5.2019.

terlichen Herkunft aus Rumänien, Albanien, Syrien, Tschetschenien praktisch ausschließlich dann, wenn sie ihre Frauen geschlagen, einen Einbruch verübt oder sonstige Gesetzesverletzungen begangen haben. Werden dieselben Delikte von Menschen ohne vermuteten Migrationshintergrund begangen, werden diese von einem 36jährigen Mann oder einer 54jährigen Frau oder von Jugendlichen verübt; anstelle der nationalen Zugehörigkeit – ergo Österreicher*in – rücken dadurch die konkreten Tatmotive und Situationsbeschreibungen in den Vordergrund. Das Narrativ verlagert sich von der ethnischen Zuordnung der Täter*innen auf deren Notlagen, Familien- oder Beziehungsproblematiken und sonstigen psychosozialen oder ökonomischen Zwangsdynamiken.

Eine Zuspitzung erfahren diese Dauernuancierungen der medial mit Migration konnotierten Kriminalität bei aufsehenerregenden Gewalttaten. Die wohl massivste Stimmungsänderung gegenüber den Fluchtbewegungen 2014/2015 erfolgte durch die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015 in Köln und anderen Städten. Ohne die Vorkommnisse, die von der sexuellen Beleidigung über sexuelle Nötigung bis zu Vergewaltigungen gingen, in ihrer Schwere verharmlosen zu wollen, fielen die gerichtlichen Klärungen – teilweise auch aufgrund einer objektiv schwierigen Beweissicherung – weit weniger deutlich aus als das mediale und politische Echo (vgl. u.a. Behrendes, 2016). In der medialen und politischen Rezeption der Vorfälle überwog die Pauschalanklage gegen geflüchtete junge Männer. Differenzierte Darstellungen, die das versäumte Eingreifen der Polizei kritisierten und massenpsychologische Faktoren zur Erklärung der Vorfälle anführten, versickerten gegenüber der reduzierten Wahrnehmung, dass praktisch alle jungen geflüchteten Männer aufgrund ihrer Herkunft potenziell sexuell übergriffig und respektlos gegen Frauen sind. Der polizeiinterne Kurzbegriff »Nafri« für »Nordafrikanische Intensivtäter« (Spiegel.de, 2017) wurde zur Formel für junge migrantische und geflüchtete Männer überhaupt. Die Demonstration hunderter junger Geflüchteter unter dem Motto »Syrische Flüchtlinge sagen Nein zu den Übergriffen von Köln«, über die sozialen Medien einberufen, konnte das praktisch über Nacht geschaffene Negativbild des übergriffigen Flüchtlings nicht mehr gutmachen.

In der weiteren diskursiven Festigung dieses Bildes bestätigt sich seitdem die Skepsis der postkolonialen Theoretikerin Gayatri Chakravorti Spivak (2008, S. 81), wonach immer genau hinzuschauen sei, wenn *weiße Männer braune Frauen vor braunen Männern schützen*. Was Spivak auf die emanzipatorische Haltung der englischen Kolonisationsmacht in Indien bezog, die mit

dem vorgeblichen Schutz der indischen Frauen diese zugleich für die Abwertung der indischen Kultur vereinnahmte, zeigt sich auch in den europäischen Gesellschaften der Gegenwart am Beispiel weißer Männer, die Frauen vor Männern aus anderen Kulturkreisen schützen wollen. Hinter der pauschalen Verurteilung der Geschlechterverhältnisse in den migrantischen Herkunftsländern werden die – teilweise nur subtileren – patriarchal-strukturellen Gewaltverhältnisse in den Ankunftsändern verschleiert und als fortschrittliche Normalität etabliert. Medienberichterstattungen, wonach deutsche oder österreichische Täter in der Regel ohne Nationalität sind, wenn sie vergewaltigen, schlagen oder morden, dagegen Männer mit migrantischer Erfahrung oder Familiengeschichte ihre Taten als »Rumänen«, »Syrier« oder »Afghanen« verüben, verfestigen genau diese Verschleierung einheimischer Täterschaft durch Pauschalverdächtigung der Anderen.

Eine exponentielle Steigerung in der Diskurswirkung bedingen eklatante Gewalttaten wie der terroristische Amoklauf (vermutlich) eines Einzeltäters in Wien 2020, die Messerangriffe 2024 in Mannheim (Mai) und Solingen (August), der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt 2024 in Magdeburg durch einen in die Menge fahrenden Täter sowie erneut Messerangriffe im Jänner 2025 in Aschaffenburg und im Februar im österreichischen Villach (Peterlini 2025), dann wieder eine Amokfahrt in Mannheim. Die Täterprofile weisen neben Gemeinsamkeiten deutliche Unterschiede auf, so dass eindeutige Einordnungen etwa als Terrorismus nicht durchgehend möglich sind (vgl. Bajaña Bilbao, 2025). Während der Wiener Attentäter der in Österreich geborene Sohn albanischer Eltern aus Nordmazedonien war und mutmaßlich Sympathien zum Islamischen Staat (IS) hatte (focus.de, 2020), handelte es sich beim Amokfahrer in Magdeburg um einen – angeblich wegen Fehlverhaltens vom Dienst ferngehaltenen – Psychiater aus Saudi Arabien. Er hatte sich in den Jahren zuvor mittels einer Website für Asylwerber aus den Golfstaaten eingesetzt, die wegen ihres Abfalls vom Islam geflüchtet waren (BBC, 2019). In Solingen wurde die Tat von einem aus Syrien stammenden Mann mit abgelehntem Asylantrag und nicht exekutiertem Abschiebebescheid verübt, der IS reklamiert die Tat für sich (tagesschau.de, 2024). Der mutmaßlich ebenfalls islamistisch motivierte Täter von Mannheim war als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland gekommen. Trotz negativem Asylbescheid hatte er durch deutsche Staatsbürger*innenschaft seiner Frau eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten, war ohne Arbeit und bezog Sozialhilfe (Pfahler & Naber, 2024). In Aschaffenburg stach ein psychisch kranker und ausreisepflichtiger Afghane auf einen (daran verstorbenen) Buben marokka-

nischer und auf ein (schwer verletztes) Mädchen syrischer Abstammung ein, ein islamistischer Hintergrund wird ausgeschlossen.

In den Bedrohungsdiskursen, mit denen im Jänner 2025 die CDU den mit der AFD gemeinsam durchgesetzten Antrag auf Verschärfung des Asylrechts begründete, werden die Orte Mannheim, Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg in einem Atemzug genannt. In Österreich verteidigte die ÖVP-Landeshauptfrau von Niederösterreich Johanna Mikl-Leitner – dies noch vor dem Messerangriff mit einem Todesopfer und fünf Verletzten in Villach – die Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ mit der Notwendigkeit dringender Maßnahmen »für den wirtschaftlichen Aufschwung als auch im Kampf gegen den Islam« (Schmitt, 2025). Dass sie nach dem Protest der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ, 2025) ihre Aussage relativierte, sie habe natürlich den *politischen Islam* gemeint, brachte ungewollt die Stereotypisierungsdynamiken im medialen und politischen Diskurs zum Ausdruck. Die Bekämpfung des islamistischen Terrors vermengt sich im öffentlichen Sprechen mit dem Kampf gegen den Islam.

Unverkennbar zeigt sich im Bedrohungsdiskurs, wie nicht nur die Rechtsparteien, sondern auch jene Parteien, die für sich die gesellschaftliche Mitte beanspruchen, auf dem rechten Auge blind sind. Während die – ohne Zweifel entsetzlichen – Gewalttaten, die mit Asyl, Flucht, Migration in Verbindung gebracht werden können, ein fast schon willkommener Anlass für drastische Maßnahmen bis hin zu Einschränkungen von Asyl- und Menschenrecht ist, wird die Gewaltbereitschaft rechtsradikaler Kräfte und Kreise weitgehend unterschätzt und unterschlagen. Erst ab 2001 wurden rechtsextreme Gewalttaten, vorwiegend gegen Menschen ausländischer Herkunft und nicht heteronormativer Zuordnung, überhaupt als solche erfasst. In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage nannte die Bundesregierung schließlich 113 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 (Deutscher Bundestag, 2020). Die realen Zahlen werden weit höher geschätzt, mindestens 187 (Blicke et al., 2020), eher aber zwischen 220 und 250 Todesopfer (Amadeu Antonio Stiftung, 2021). Die Dunkelziffer liegt vermutlich noch einmal höher. Die Diskrepanz erklärt sich dadurch, dass offiziell nur Gewaltakte gezählt werden, bei denen das rechtsextreme Handlungsmotiv »tatauslösend« ist; sofern es hingegen die Tat nur begleitet, gilt ein Mord oder Totschlag nicht als rechtsextrem motiviert. Für Anschläge, die mit Fluchtmigration auch nur im Entferntesten in Verbindung gebracht werden, gilt – ebenso wie für Klein- und Alltagsdelikte – in der medialen und politischen Resonanz – das Gegenteil. Und während Taten von rechtsextremer Seite herabgespielt werden, dienen jene, die mit Fluchtmigration in Ver-

bindung gebracht werden, der politischen Begründung für die Notwendigkeit rechter bis rechtsextremer Strategien und Allianzen. Prototypisch zeigte sich dies nach der Amokfahrt in Mannheim im März 2025: Der Täter war diesmal ein deutscher Landschaftsgärtner, was in einer Meldung der Deutschen Presseagentur zur Beschwichtigung führte, dass keine Hinweise auf einen terroristischen Hintergrund vorlägen (DPA 2025). Auch als sich herausstellte, dass der Täter aus der Neonazi-Bewegung gehörte (Exif 2025), blieb die mediale Aufregung weit unter dem Level migrantisch gedeuteter Gewalttaten.

Der geflüchtete Mensch als Homo Sacer

Zwischen den dargelegten Berichten aus Lesbos und den Diskursen der Belastung und Bedrohung in den Ländern europäischen Wohlstands klafft ein Widerspruch, der schlichtweg die Frage berührt, wer denn ein Mensch ist:

»Die politischen Spitzen der EU und ihrer Staaten misshandeln keine Kinder, töten keine Menschen. Sie stoßen sie nicht in den Staub der Flüchtlingslager, reißen ihnen nicht Schulhefte aus der Hand, misshandeln keine Schutzsuchenden, drücken nicht Ertrinkende mit dem Kopf unters Wasser. Nein, das tun sie nicht. Aber [...] sie schicken, täglich, Menschen in Kriegsgebiete zurück, die hier zu lernen und zu arbeiten begonnen haben, sie reißen Familien auseinander oder verhindern die Zusammenführung, zahlen Staaten, die sie als ›Schurkenstaaten‹ beschimpfen zugleich hohe Summen, um das Dreckgeschäft für sie zu erledigen.« (Krause, Peterlini & Proyer, 2021).

Woran kann es liegen, dass auf der einen Seite menschliche Not und Hilfesuche als Belastung und Bedrohung abgewertet und Geflüchtete im Zuge dieser Pauschalverurteilung in Seenot sich selbst überlassen, an den Grenzen gewaltsam aufgehalten und in Risikogebiete abgeschoben werden (vgl. Peterlini, 2017), während auf der anderen Seite die Gefahr rechtsextremer Politik und Gewalt bagatellisiert wird und menschenverachtende Positionen auch von Parteien der sogenannten demokratischen Mitte legitimiert werden?

Für den Leiter der 2021 eingerichteten österreichischen Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) Omar Hajjawi-Pirchner sind sich islamistischer Fundamentalismus (vs. islamische Glaubenszugehörigkeit) und Rechtsextremismus näher, als beide Gruppen annehmen würden: Nicht nur, dass beim Rechtsextremismus »eine ähnliche Gefahrenlage wie beim Islamis-

mus« besteht, die beiden Spektren »hätten auch ein gemeinsames Feindbild: queeres Leben« (Spiegel.de, 2023).

Der Hass richtet sich in beiden Fällen gegen Menschen, die nicht in das klare Welt- und Menschenbild der jeweiligen Position passen, ob von ihrer Herkunft oder sexuellen Orientierung oder von ihrer Glaubensrichtung oder Weltanschauung her. Die Abwertung der jeweils Anderen bis zu dem Punkt, dass sie weder Recht auf Hilfe in der Not noch ein Recht auf Leben überhaupt haben, ist Folge der dichotomen Teilungen zwischen einem erstarrten, vielfach nur symbolisch gestützten Wir und den in ebenso starre, stereotypisierte Feindbilder gepressten Anderen (vgl. Peterlini, 2024a, S. 155–157). Der Konstruktion von Dichotomien (vom Altgriechischen für *entzweischneiden*) liegt eine messerscharfe, wirkmächtige Operation zugrunde, die zwischen Menschen spaltende Kategorisierungen (nach Herkunft, Sprache, Geschlecht, Alter, Religion, Weltanschauung, Begabung/Behinderung) ermöglicht, die die jeweils Anderen »so fremd machen kann, dass jede Verbindung verneint wird und damit auch jedes Mitfühlen, jede Mitverantwortung unterbleibt. Dies erst macht es erklärbar, dass politische Programme gebildeter, im demokratischen Denken aufgewachsener und erzogener Menschen kühl argumentieren können, warum es besser ist, Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken zu lassen als dass zuviele nach Europa kommen« (Peterlini, 2018a, S. 35):

»Dann ist der schwarze Mensch so anders als der weiße, dass er versklavt und bei Widerstand getötet werden kann, dass ihm in der Bahn ein minderes Abteil zugewiesen wird, dass Ehen zwischen Weiß und Schwarz verboten werden; dann ist die Frau so absolut anders als der Mann, dass ihr sexuelles Begehren aberkannt werden kann, dass ihre Genitalien verstümmelt werden dürfen, dass ihr Zugang zu Bildung und zu politischen Ämtern untersagt werden durfte und teilweise immer noch darf, dass sie schlechter bezahlt werden darf; dann ist »der Jude« so anders als der Arier, dass er vernichtet werden kann; dann ist die Natur, dann sind Pflanzen und Tiere – obwohl im genetischen Code teilweise nur minimal von uns abweichend – so anders als wir Menschen, dass wir sie gedankenlos ausbeuten, zerstören, vergiften, auslöschen können.« (Ebd.)

Im Blick auf europäische Staaten mit demokratischen Rechtsordnungen und einer traditionsreichen Rezeption der Menschenrechte ist die Entwertung des Geflüchteten nur nachvollziehbar, wenn von einer Normalitätsperspektive ausgegangen wird, die ein nationales Wir symbolisch überhöht und davon

ausschließt, was als nicht zugehörig markiert werden kann – aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, geschlechtlicher Zuordnung und sexueller Orientierung, Sprache, religiöser Zuordnung oder Zuschreibung.

Giorgio Agamben beschreibt den Prozess des Ausschlusses als Widerspruch zwischen einem politischen Leben, das durch Rechte geschützt ist, und einem nackten Leben, das keines Schutzes würdig ist. Als historisches Vorbild und Gegenwartsmetapher dient ihm der *Homo Sacer* aus dem Römischen Recht. Dieser konnte entgegen der Wortbedeutung (heilig, geweiht) straflos getötet werden; nicht erlaubt war nur, die Tötung in einem religiösen Ritual zu vollziehen, weil dieses die unter Bann stehende Person »offiziell in ein sinnstiftendes Element der gesellschaftlichen Integration transformiert« hätte (Ellrich, Maye & Meteling 2009: 295). Für Agamben ist *Homo Sacer* »der Mensch, der so vollständig aus der politischen Ordnung ausgeschlossen ist, dass er zwar als menschliches Wesen existiert, aber keine Rechte besitzt und weder gegen ihn begangene Gewalt verfolgt noch seine Tötung rechtlich geahndet werden kann« (Agamben 2002: 34).

Homo Sacer verfügt über nichts anderes als über das bloße Leben, das er oder sie jederzeit verlieren kann, ohne dass es einer Würdigung – sprich Erwähnung, Nennung, medialer Thematisierung – Wert ist. Dem gegenüber steht die souveräne Macht des modernen Staates als »Fähigkeit, den Ausnahmezustand zu erklären, in dem das Recht durch Gewalt ersetzt wird« (ebd.: 18). Parallelen zur Schwächung bis Abschaffung und jedenfalls Umgehung von Menschenrechten und Asylrecht aufgrund des durch Überforderungs- und Bedrohungsdiskurse heraufbeschworenen Ausnahmezustands dürften offensichtlich sein und sind von Agamben durchaus auf die legitimierte Diskriminierung und Entrechtung von Minderheiten, Geschlechtern und Geflüchteten bezogen. Um einerseits an der Rechtsordnung festzuhalten und andererseits Menschen legal entrechten zu können, bedient sich der Staat des Ausnahmezustandes. Den solcherart ausgeschlossenen, abgeschobenen, an den Außengrenzen der modernen Staaten internierten Menschen bleibt nur das »nackte Leben« (ebd., 44). Agamben definiert es als »Leben, das nicht in den politischen Rahmen integriert ist und von den Verhältnissen der Gemeinschaft ausgeschlossen wird, es ist ein Leben, das von keinem Recht geschützt wird« (ebd.) Das *Lager*, wie es Agamben auf Vergangenheit und Gegenwart bezieht und Doris Blancke es an Lesbos erfährt und beschreibt, »ist der Ort, an dem die Grenze zwischen Ausnahmezustand und normalem Leben völlig verschwimmt« (ebd., 169), hier gibt es nicht anderes mehr als das *bloße* Leben, solange es überhaupt möglich ist.

Zugrunde liegt auch hier eine trennscharfe Unterscheidung, die Agamben noch auf die griechische Abgrenzung des rein kreatürlichen, sprich bloßen Lebens *bíos* vom sozialen, politischen Leben *zoé*. Diese Spaltung zwischen Mensch und Tier/Natur »stellt für Agamben die Vorlage aller weiteren dichotomen Teilungen dar. Sie definiert nicht nur die trennscharfe Absonderung des sozialen und intelligenten Wesens Mensch vom irrationalen Tierreich und der Natur, sondern reproduziert sich in der Folge innerhalb der solcherart geschaffenen Menschen-Kategorie als Unterscheidung zwischen Menschen mit mehr und Menschen mit weniger Rechten. Dynamiken der Wahrnehmung und Herstellung von Differenz greifen ineinander, indem ein Inneres und Zugehörendes ausgeschlossen wird, um dann leichter unterworfen und ausgebeutet zu werden: So wie zuerst das Tier aus der Gesamtheit der Lebewesen ausgeschlossen wird, werden in der Folge aus der dadurch geschaffenen Menschheit neue Untergruppen wie Sklaven, Fremde und derzeit Geflüchtete ausgeschlossen, die dann skrupellos wie Tiere behandelt werden können« (Peterlini, 2024b, 497; 2024c, 32).

Pädagogische Implikationen: Erziehung zu planetarer Verantwortung und Empfänglichkeit

Was kann Pädagogik in Theorie und Praxis angesichts der dargelegten Verwerfungen und Spaltungen überhaupt leisten? Einfache Antworten, wie sie gerade in Bezug auf Bildung die vielen programmatischen Erklärungen von den Vereinten Nationen bis hinunter zu staatlichen und regionalen Bildungsprogrammen zieren, greifen in der Regel zu kurz. Dies betrifft auch den Gegenentwurf zu nationalistischen Spaltungen par excellence, nämlich Global Citizenship Education (GCED), in der Agenda 2030 im Bildungsziel 4.7 zusammen mit Bildung für Nachhaltige Entwicklung als fester Bestandteil genannt (United Nations 2015, S. 17).

Für Edgar Morin, einer der wichtigsten Vordenker eines »Heimatlandes Erde« im Sinne von Global Citizenship, geht es um einen planetaren Ansatz, der die Erde – und mit das kreatürliche Leben – nicht mehr nur als Objekt der Ausbeutung, sondern als Subjekt – als Gaia – betrachtet:

»We have transformed the Earth, domesticated its vegetal surfaces, and gained mastery over its animals. We are not for all that masters of the cosmos, not even of the Earth. [...] Our technical powers, thought, and

consciousness must henceforth be devoted to fitting up, improving, and understanding, not to mastering. We must learn to ›be there‹ [dasein], on the planet – to be, to live, to share, to communicate and commune with one another. Self-enclosed cultures always knew and taught that wisdom.« (Morin 2018, S. 3–4)

Als Ansatz, der Frieden und Versöhnung zwischen Menschen ebenso wie zwischen Menschen und der Erde versteht, gilt Global Citizenship Education als eine Art *umbrella term*, der alle politischen Pädagogiken wie Politische Bildung, Friedensbildung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Menschenrechtsbildung, Holocaust-Erziehung durchdringt. So geht es nicht nur darum, »sogenannte globale Themen (Klimawandel, Hunger, Kriege) anzusprechen, sondern auch die globale Dimension aller Themen zu entdecken« (OEUK, 2023, S. 27; vgl. Wintersteiner et al. 2023). Für die Auseinandersetzung mit Flucht und Migration bietet sich Global Citizenship Education ebenso als theoretisches Modell für eine neue Definition von Zugehörigkeit an wie als Bildungskonzept, das Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit sucht. Als vorrangiges Anliegen von GCED nennt die UNESCO die wachsende Heterogenität der nationalen Gesellschaften durch Migration, in denen die »Notwendigkeit das Zusammenleben zu lernen immer akuter wird« (Unesco 2013, S. 2) (Increased transnational migration is making communities inevitably more heterogeneous or »glocalized,« and the necessity of learning how to live together more acute:

»Tensions and conflicts among populations which have causes and impacts beyond national boundaries continue. Challenges such as sustainable development, including climate change, are demonstrating the need for cooperation and collaboration beyond land, air, and water boundaries. Continuing global challenges call for collective actions at the global level as well as at the local level.« (ibid.)

Dies sind nicht neue Einsichten, hat doch schon der Club of Rom 1972 in überaus fundierter Weise dargelegt, dass die weltweiten Entwicklungen nur durch einen tiefgreifenden Wandel in globaler Zusammenarbeit gelöst werden können (Meadow et al. 1972). In der zunehmenden Beschleunigung der Entwicklungen hin zu einer ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen wie religiös-weltanschaulichen Polykrise ist die Fluchtmigration ein im Diskurs dominant gewordener Symptomträger viel größerer Zusammenhängen. Ge-

fordert wären in den seit dem Alarmruf des Club of Rome tatenlos verstrichenen 50 (!) Jahren genau jene Staaten, die aufgrund ihres enormen Energie- und Ressourcenverbrauchs zur Überforderung und Bedrohung für den gesamten Planeten geworden sind und in denen jetzt absurderweise die Bedrohung und Überforderung in der vielfach mitverschuldeten Fluchtmigration erblickt wird. Dort, wo nun ein Verständnis von planetarer Verantwortung im Sinne einer Global Citizenship durch Bildung gefördert werden sollte, finden nicht mehr nur nationalistische, sondern auch rechtsextremistische Positionierungen gegen Menschenrechte, Asyl und soziale Solidarität mittlerweile breite Legitimation auch durch bürgerliche und sogar sich christlich-demokratisch, christlich-sozial definierende Parteien, wie es in Deutschland CDU und CSU im Namen, in Österreich die ÖVP im Parteistatut anführen.

Hier zeigt sich ein krasser Widerspruch zwischen der grundsätzlichen Befürwortung von Global Citizenship Education in offiziellen Strategiepapieren und der realpolitischen Vorgangsweise. Die wohl wichtigste Grundlage für das erst anschließend entwickelte Konzept von Global Citizenship Education stellte die sogenannten 1974er Recommendation für internationale Verständigung, Zusammenarbeit, Frieden und Menschenrechtserziehung dar (United Nations 1974). Bei der jüngsten Neufassung dieser nahezu weltweit ratifizierten Empfehlung setzten sich vor allem die sogenannten westlichen und liberalen Mitgliedsstaaten der UNESCO für die explizite Nennung von GCED ein, was trotz des heftigen Widerstands autoritärer Staaten am Ende sowohl an vielen Textstellen als auch im Titel gelang: »Recommendation on education for peace and human rights, international understanding, cooperation, fundamental freedoms, global citizenship and sustainable development« (UNESCO 2024).³ In der politischen Praxis bleiben die beachtenswerte Vorsätze weitgehend geduldiges Papier.

Als pädagogisches Konzept, das bestenfalls in Fächern wie Geschichte und Politische Bildung oder als durchgehendes Unterrichtsprinzip an Schulen vermittelt wird, greift Global Citizenship Education zu kurz. Wohl ist es ein wertvoller Beitrag, wenn Kinder und Jugendliche – ebenso wie Erwachsene in der Weiterbildung – den Zusammenhang zwischen lokalen Gewohnheiten im Konsumieren, Wohnen, Bauen, in Mobilität, Freiheitgestaltung und Bekleidung mit der gegenwärtigen Polykrise begreifen und im besten Fall

3 Der Autor dieses Beitrags war als Mitglied der österreichischen Delegation aktiv in die Überarbeitung und Beschlussfassung beim Intergovernmental Meeting aller UNESCO-Mitgliedstaaten Mai-Juni 2023 in Paris aktiv einbezogen.

beherzigen; solange die Realpolitik ihrer Staaten in ökonomischen, sozialen, geopolitischen, technischen Fragen nationalorientiert und neoliberal ausgerichtet sind, wird Bildung als Antwort auf die großen Fragen unserer Zeit nicht nur überfordert (Peterlini 2018b, S. 94–95); es erfolgt indirekt auch eine Verantwortungsverlagerung von den politisch-gesellschaftlichen Instanzen auf die einzelnen Subjekte der Bildung.

Nämlich: Nicht die Regierungen, Parteien, zuständigen Behörden, sondern die einzelnen Menschen sollten durch klimabewusstes Konsumieren und Verhalten, durch solidarisches, inklusives und friedensorientiertes jene Probleme lösen, zu denen ihre Regierungen beitragen, indem sie tiefgreifende und daher schmerzhaft strukturelle Änderungen in Sozial-, Wirtschafts- und Geopolitik vermeiden und die die berechtigten diffusen Sorgen ihrer Bevölkerungen (vor Klimawandel, Teuerungen, Revolutionierung des Arbeitsmarktes, Sozialabstieg und Verarmung) auf das Feindbild Migration umlenken (vgl. Peterlini, 2010, 52–55). Indem politisch und medial die Illusion bedient wird, man müsse nur wieder Grenzen schließen und sich national einigeln, damit es in dieser Welt wieder kuschelig wird, bleiben die tatsächlichen Probleme ungelöst, vom Klimawandel über die zunehmenden Schieflagen in der Wohlstandsverteilung durch die Preisgabe sozialer Einschränkungen für einen schrankenlos gewordenen Kapitalismus. Der Preis ist hoch: Die politisch schmerzhaften Prozesse werden nicht auf der Ebene rationaler und verantwortungsbewusster Politik gelöst, sondern als Stimmungsmache gegen Randgruppen und entsprechende soziale Spaltungen in die Bevölkerung hineingetragen.

Für Morin geht es mit Blick auf die dadurch entstehenden Spannungen in den westlichen Migrationsgesellschaften darum, »die Solidaritäten wiederherzustellen, Städte wieder menschlich zu machen, die ländlichen Regionen wieder zu beleben« (Morin 2012, S. 68). Ohne diese Verschränkung eines planetaren Bewusstseins mit einer auf Solidarität, Austausch, Teilhabe gegründeten Gestaltung der städtischen und ländlichen Lebenswelten bleibt Global Citizenship Education ein schwaches und letztlich wirkungsloses Vermittlungsangebot in Bildungsprogrammen und Schulcurricula.

Eine wirksame Umsetzung von GCED erfordert Einlassungen auf die jeweiligen Lebenswelten und deren Bedingungen, die immer ebenso lokal wie global sind, individuell und sozial. In der deutschen Bildungstradition nach Humboldt hat sich vor allem das Prinzip der individuellen Selbstwerdung durch Selbstaktivität durchgesetzt (Humboldt 2017, S. 7). Verloren gegangen ist im Soge von Funktionalisierungs- und Optimierungsdiskursen (Peterlini

2024d) das von Humboldt gleichwertig gesetzte Prinzip der »Empfänglichkeit« (Humboldt 2017, S. 7) für die Anderen und für alles Nicht-Menschliche, aus der von ihm selbst als »überspannter Gedanke« (ebd.) gehegten Einsicht in eine umfassende Verbundenheit aller mit allem.

In gängiger Sprache ginge es schlicht um die Empathie, die Fähigkeit für andere und anderes, für Vertrautes und Neues – wer, was und wie auch immer dies sein mag – offen und empfänglich zu sein. Es geht um Bildung für das konkrete nackte Leben.

Literaturverzeichnis

- Agamben, Giorgio (2002): *Homo Sacer: Die souveräne Macht und das nackte Leben*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Amadeu Antonio Stiftung (2021). *Todesopfer rechter Gewalt*. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> aufgerufen am 7.2.2025
- Bajaña Bilbao, Valeria (2025): Persönlich oder politisch? Der Anschlag von Magdeburg: Warum ist es kein Terrorismus? In MDR Wissen, 27. Jänner 2025. <https://www.mdr.de/wissen/psychologie-sozialwissenschaften/terrorismus-magdeburg-definition-uebergriffe100.html>, aufgerufen am 7.2.2025.
- BBC (2019): *How one website helps hundreds seek asylum*, produced by Sophia Smith-Galer. 9.7.2019. <https://www.bbc.com/news/av/world-middle-east-48881737>, aufgerufen am 7.2.2025
- Behrendes, Udo (2016): *Die Kölner Silvesternacht 2015/2016 und ihre Folgen Wahrnehmungsperspektiven, Erkenntnisse und Instrumentalisierungen*. In: NK Neue Kriminalpolitik 28/3 (2016), S. 322–343.
- Blancke, Doro (2021–2025): #lesbos. <https://www.facebook.com/doro.blancke/> aufgerufen am 11.2.2025.
- Blickle, Paul, Frank Jansen, Heike Kleffner, Johannes Radke, Julian Stahnke, Toralf Staud & Sascha Venohr (2025): *Todesopfer rechter Gewalt: 187 Schicksale*. In *Zeit online*, 30.9.2020. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/todesopfer-rechte-gewalt-karte-portraet>, aufgerufen am 11.2.2025
- Boss-Nünning, Ursula (2022): Zwischen Stereotypisierungen und Lebenswirklichkeit. Junge Frauen mit Migrationshintergrund in der Familie. In Hans Karl Peterlini & Jasmin Donlic (Hg.), *Jahrbuch Migration und Gesellschaft/*

- Yearbook Migration and Society 2021/2022. »Familie«.* Bielfeld: transcript, S. 35–54.
- Brühl, Volker (2023): Die Kosten der Flüchtlingskrise in Deutschland – eine Investition in die Zukunft? In *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*. 96. Jahrgang, 2016 · Heft 7 · S. 479–485 <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2016/heft/7/beitrag/die-kosten-der-fluechtlingskrise-in-deutschland-eine-investition-in-die-zukunft.html> aufgerufen am 4.2.2025
- Der Standard. (2025a): »Nicht erlaubt«: Europarechtsexperte Obwexer zerpfückt Merz' Asylpläne. <https://www.derstandard.at/story/3000000255147/nicht-erlaubt-europarechtsexperte-obwexer-zerpfueckt-merz-asylplaene>, aufgerufen am 1.2.2025
- Deutscher Bundestag (2020): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.– Drucksache 19/24663 – Tötungsdelikte im Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität-rechts in den Jahren 2019 und 2020; Drucksache 19/25216, 11.12.2020. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/252/1925216.pdf>, aufgerufen 7.2.2025
- DPA (2025): Kriminalität: Täter von Mannheim ist Landschaftsgärtner. In: ZEIT ONLINE, 3. März 2025. <https://www.zeit.de/news/2025-03/03/taeter-von-mannheim-ist-landschaftsgaertner> (aufgerufen am 3.3.2025)
- EcoAustria (2023): *Ökonomische und fiskalische Effekte der Asyl- und Vertriebenenmigration*. Verfasst von Johannes Berger und Ludwig Strohnner. Wien: Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF).
- Ellrich, Lutz, Harun Maye und Arno Meteling (2009): *Die Unsichtbarkeit des Politischen. Theorie und Geschichte medialer Latenz*. Bielefeld: Transcript.
- Exif (2025): Täter aus Mannheim Teil einer Neonazigruppe. 4. März 2025. <https://exif-recherche.org/?p=12670> (aufgerufen am 5. März 2025).
- Express (2023): Heuer 2,6 Milliarden Euro: Kosten für Migranten explodierten seit 2019 um eine Milliarde. https://express.at/politik/heuer-26-milliarden-euro-kosten-fuer-migranten-explodierten-seit-2019-um-eine-milliarde/?gad_source=5&gclid=EAIaIQobChMIItOC2s-6niwMVTpSDBxOUsCw8EAAYASAAEgIXZPD_BwE#google_vignette, aufgerufen am 4.2.2025
- focus.de (2020): *Terroranschlag in Wien. Wiener Attentäter galt bei Haftentlassung nicht als deradikalisiert*, 6. November 2020.
- Hamburger, Franz (2010): Über die Unmöglichkeit Pädagogik durch Politik zu ersetzen. In Marianne Krüger-Potratz, Ursula Neumann, & Hans H. Reich

- (Hg.), *Bei Vielfalt Chancengleichheit*. Münster-New York-München-Berlin: Waxmann, 16–23.
- <https://www.derstandard.at/story/3000000251646/empoeerung-ueber-mikl-l-eitners-kampf-gegen-den-islam>, aufgerufen am 7. Februar 2025
- https://www.focus.de/politik/ausland/terroranschlag-in-wien-nach-an-schlag-in-wien-durchsuchungen-in-deutschland_id_12613442.html, aufgerufen am 6. Februar 2025
- <https://www.spiegel.de/ausland/terrorgefahr-in-oesterreich-beim-rechtsext-remismus-aehnliche-gefahrenlage-wie-beim-islamismus-a-7ce9c102-fde8-4def-8bbo-41f2adf252fd>, aufgerufen am 7.2.2025
- <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/silvester-kontrollen-in-koeln-was-bitteschoen-ist-ein-nafri-a-1128172.html>, aufgerufen am 11.2.2025
- Humboldt, Wilhelm von (2017): *Theorie der Bildung des Menschen*. In: Lauer, Gerhard (Hg.), *Wilhelm von Humboldt. Schriften zur Bildung*. Stuttgart: Reclam, S. 5–12.
- IGGÖ (2025): *Stellungnahme des Präsidenten zu den politischen Entwicklungen in Österreich und der Aussage von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner*, 5.1.2025. <https://www.derislam.at/2025/01/05/stellungnahme-des-praesidenten-zu-den-politischen-entwicklungen-in-oesterreich-und-der-aussage-von-landeshauptfrau-johanna-mikl-leitner/>, aufgerufen am 8.2.2025
- Klein, Sebastian (2022): *Wie das Parlament über Fluchtursachen redet*. Themenportal Flucht, Migration, Integration: Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/artikels-eite-flucht-migration-integration/wie-das-parlament-ueber-fluchtursachen-redet>, aufgerufen am 3.2.2026
- Klein, Sebastian (2022): *Wie das Parlament über Fluchtursachen redet*. Themenportal Flucht, Migration, Integration: Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://www.fes.de/artikel-in-gute-gesellschaft-17/wie-das-parlament-ueber-fluchtursachen-redet>, aufgerufen am 11.2.2025
- Krause, Sabine, Hans Karl Peterlini & Michelle Proyer (2021): *Die Toten der EU: Eine Anklage ohne gesetzliche Grundlage*. In *Die Presse*, 30.4.2021. <https://www.diepresse.com/5972777/die-toten-der-eu-eine-anklage-ohne-gesetzliche-grundlage>, aufgerufen am 12.2.2025
- Meadows, Donella H., Dennis L. Meadows, Jørgen Randers & William Behrens III (1972): *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York: Universe Books. <https://www.library.dartmouth.edu/digital/digital-collections/limits-growth>, aufgerufen am 12.2.2025

- Morin, Edgar (2012): *Der Weg. Für die Zukunft der Menschheit*. Hamburg: Reinhold Krämer.
- Morin, Edgar (2018): From Homeland Earth; A New Manifesto For The New Millennium. In *Journal of Conscious Evolution* 1, H. 10, S. 1–9.
- OEUK (Hg.) (2023): Transformative Bildung, Global Citizenship Education und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Eine Erkundung. DOSSIER des Fachbeirats »Transformative Bildung – Global Citizenship Education« der Österreichischen UNESCO-Kommission, verfasst von Werner Wintersteiner, Christiana Glettler, Heidi Grobbauer, Hans Karl Peterlini, Franz Rauch und Regina Steiner. Wien: Österreichische UNESCO Kommission.
- ORF (2023): *Nehammer: Kürzung von Sozialleistungen »andiskutieren«*. <https://orf.at/stories/3310903/>, aufgerufen am 3.2.2025
- ORF (2025): *Experte äußert Bedenken zu Merz-Asylplan*. ZIB2, Interview mit Europarechtsexperten Walter Obwexer, Universität Innsbruck. <https://on.orf.at/video/14261201/15809048/experte-aeussert-bedenken-zu-merz-asylplan-zib-2-vom-29012025>, aufgerufen am 3.2.2025
- Peterlini, Hans Karl & Jasmin Donlic (2023): Klima – eine Frage von Globaler Verantwortung und Citizenship/Climate – a Question of Global Responsibility and Citizenship. Ein einleitender Kommentar/An Introductory Commentary. In Hans Karl Peterlini & Jasmin Donlic (Hg.), *Jahrbuch Migration und Gesellschaft – Yearbook Migration and Society 2022/2023. »Climate«*. Bielefeld: transcript, S. 7–20.
- Peterlini, Hans Karl (2010): *Freiheitskämpfer auf der Couch. Psychoanalyse der Tiroler Verteidigungskultur von 1809 bis zum Südtirol-Konflikt*. Studienverlag: Innsbruck-Wien-Bozen.
- Peterlini, Hans Karl (2015): Werkzeuge der Konvivialität. In Massimiliano Boschi, Adel Jabbar & Hans Karl Peterlini (Hg.), *Jenseits von Kain und Abel. Zehn Punkte fürs Zusammenleben – neu gelesen und kommentiert. In memoriam Alexander Langer*. Klagenfurt: Drava, 37–54.
- Peterlini, Hans Karl (2017): Erziehung nach Aleppo. Pädagogische Reflexionen zu Rechtspopulismus, Rassismus und institutioneller Kälte gegenüber Menschen in Not. In Bettina Gruber, Viktorija Ratković (Hg.), *Migration. Bildung. Frieden. Perspektiven für das Zusammenleben in der postmigrantischen Gesellschaft*. Münster: Waxmann, S. 175 – 200.
- Peterlini, Hans Karl (2018a): Über den Abgrund der Dichotomie. Pädagogische Dilemmata und Perspektiven für einen neuen Umgang mit Natur und Erde. In Liliana Dozza (Hg.): *Io corpo Io racconto Io emozione*. Educazione Terra Natura. Bergamo: Zeroseiup, S. 31–44

- Peterlini, Hans Karl (2018b): Prämissen einer Erziehung »zum Guten«. In *Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung*, S. 94–101. https://www.researchgate.net/publication/343350493_Pramissen_einer_Erziehung_zum_Guten, aufgerufen 12.2.2025.
- Peterlini, Hans Karl (2024a): *Learning Diversity*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-40548-9>, aufgerufen am 8.2.2025.
- Peterlini, Hans Karl (2024b): Eine notwendige Utopie. Global Citizenship Education als nachhaltige Friedensbildung. In C. Schmitt, K. Kiewitt, T. Kleibl, R. Lutz (Hg.), *Krieg, Konflikt und Soziale Arbeit. Herausforderungen, Visionen und Praxen zur Friedensgestaltung*. Weinheim und Basel Beltz Juventa, 487–502.
- Peterlini, Hans Karl (2024c): Pedagogy of Sensitivity. Problems and potentials for overcoming dichotomous perceptions. In Sabina Langer, Evi Agostini, Denis Francesconi, Nazario Zambaldi (Hg.), *Polis*. Mailand: Franco Angeli, 29–37. <https://doi.org/10.3280/oa-1181>, aufgerufen am 12.2.2025.
- Peterlini, Hans Karl (2024d): Sozialität der Leiblichkeit. Phänomenologische Perspektiven auf Bildungsprozesse zwischen Subjekt und Welt. In Sara Blumenthal, Alban Knecht, Ernst Kočnik, Karin Lauermann, Rahel More & Marion Sigot (Hg.), *Soziale, informelle und transformative Bildung. Beiträge zur sozialpädagogischen und anthropologischen Bildungsforschung*. Opladen: Barbara Budrich, S. 87–100.
- Peterlini, Hans Karl (2025): Nach Villach: Wie umgehen mit dem Unumgänglichen? In: Der Standard. Kommentar der anderen. 22. Februar 2025. <https://www.derstandard.at/story/3000000258180/nach-villach-wie-umgehen-mit-dem-unumgaenglichen>
- Pfahler, Lennart & Ibrahim Naber. (2024): Mannheim: Die Akte Sulaiman A. und eine mögliche Spur ins Dschihadisten-Milieu. In *Welt.de*, 5.6.2024 <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus251833150/Mannheim-Die-Akte-Sulaiman-A-und-eine-moegliche-Spur-ins-Dschihadisten-Milieu.html>, aufgerufen am 5.2.2025
- Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München: DVA.
- Schmitt, Colette M. (2025): *Empörung über Mikl-Leitners »Kampf gegen den Islam«*. In Der Standard, 6.1.2025.
- Spiegel.de (2017): Kölner Silvesterkontrollen. Was bitteschön ist ein »Nafri«? In: [spiegel.de](https://www.spiegel.de), 1. Januar 2017.

- Spiegel.de (2023): *Terrorrisiko in Österreich: »Beim Rechtsextremismus besteht eine ähnliche Gefahrenlage wie beim Islamismus.«* Ein Interview von Oliver Das Gupta, Wien, 27.6.2023.
- Spivak, Gayatri Chkravorty (2008): *Can the Subaltern Speak*. Wien: Turia + Kant.
- Szigetvari, András (2024): Asylmigration dürfte den Staat zwischen 2015 und 2025 rund 8,8 Milliarden Lire kosten. In *Der Standard*, 17.2.2024. <https://www.derstandard.at/story/3000000203575/asylmigration-duerfte-den-staat-zwischen-2015-und-2025-rund-88-milliarden-kosten>, aufgerufen am 18.2.2025
- tagesschau.de (2024): *»Islamischer Staat« reklamiert Anschlag für sich*, 24.8.2024 <https://www.tagesschau.de/eilmeldung/solingen-islamischer-staat-100.html>, aufgerufen am 7.2.2025
- UNESCO (2013): *Global Citizenship Education: An Emerging Perspective*. Outcome document of the Technical Consultation on Global Citizenship Education by Unesco and the Republic of Korea, Seoul 9–10 September 2013. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000224115/PDF/224115eng.pdf.multi>, aufgerufen 11. Februar 2025.
- UNESCO (2024): *Recommendation on education for peace and human rights, international understanding, cooperation, fundamental freedoms, global citizenship and sustainable development*. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000388330>, aufgerufen am 11. Februar 2025
- United Nations (1974): *Recommendation concerning Education for International Understanding, Co-operation and Peace and Education relating to Human Rights and Fundamental Freedoms* (1974). Adopted by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris, 19 November.
- United Nations (2015): *Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development*. <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld/publication>, aufgerufen am 10.2.2025.
- Verfassungsblog (2025): *Jenseits geltenden Rechts. Zu den aktuellen migrationspolitischen Vorschlägen der CDU*. Eintrag vom 30.1.2025. <https://verfassungsblog.de/funf-punkte-plan/>, aufgerufen am 3.2.2025.
- Wintersteiner Werner, Christiana Glettler, Heidi Grobbauer, Hans Karl Peterlini, Franz Rauch & Regina Steiner (2023): *Transformative Bildung – Ein Weg zur Nachhaltigkeit?*. In *Magazin Erwachsenenbildung*. Wien: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (bm:ukk), S. 10–18.